

Vertraulich !

Wer Abschriften dieses Berichtes herstellt oder herstellen lässt, oder die Berichte an nicht empfangsberechtigte Personen ausserhalb des Dienstgebrauches weitergibt, macht sich strafbar

## **BERICHT UNSERES VERTRAUENSMANNES BUDAPEST, DEN 21. AUGUST 1939, DIE LAGE IN UNGARN.**

Aus der Karpathenukraine. In der von Ungarn besetzten Karpathen-Ukraine haben sich die Verhältnisse noch immer in keiner Weise gebessert. Die Mißstimmung ist daher nach wie vor sehr gross. Wie unerfreulich die Zustände in diesem Gebiet sind, zeigt am besten die Tatsache, dass sogar der ungarische Ministerpräsident Graf Teleki in einer Rede, die er am 2. August auf einem Bankett der Regierungspartei hielt, ganz offen zugeben musste, dass es im Karpathengebiet vielen schlechter gehe als unter der tschecho-slowakischen Herrschaft. Der Ministerpräsident fügte hinzu, dieser schwierigen Lage könne nicht sofort abgeholfen werden. Viele Leute in der Karpathen-Ukraine ertragen diese Lage aber trotzdem im Hinblick darauf, dass sie 20 Jahre lang nur darauf gewartet hätten, wieder zu Ungarn zu kommen. Im einzelnen wird folgendes aus der Karpathen-Ukraine berichtet:

Ausserordentlich schwierig gestaltet sich die Lage durch die immer weiter anwachsende Teuerung. Die Preiserhöhungen betragen mindestens 20%, bei manchen Gegenständen des täglichen Bedarfes sogar bis zu 100%. Die Löhne, die die Arbeiter erhalten, sind geradezu lächerlich niedrig gehalten. Für eine zehnstündige Arbeitszeit, zu der noch je eine Stunde Hinweg und Rückweg zu Fuß zur Arbeitsstelle kommt, erhält ein Arbeiter einen Lohn von 1,60 Pengö also etwa 1 Mark 20 (für zehn Stunden Arbeit), die Frauen aber gar nur 1 Pengö 20 für die gleichen Arbeitsbedingungen. Die Bauern sind besonders geschädigt durch einen kolossal überhand nehmenden Wildschaden, den vor allem die Wildschweine anrichten. Jede Jagd auf die Tiere ist aber verboten, weil die ungarischen Behörden keinerlei Waffen, auch keine Jagdgewehre in den Händen der Bevölkerung dulden. Durch die Wildschweine sind in einzelnen Gebieten die Maisfelder bis zu 80% völlig vernichtet worden. Da aber Mais die Hauptnahrung der karpathen—ukrainischen Bevölkerung ist, sind für die Bevölkerung die Aussichten für den Winter besonders trübe und ernst. Dazu kommt auch ein starker politischer Druck, den die magyarischen Behörden auf die einheimische Bevölkerung ausüben und der seine Ursache in einer starken Feindseligkeit der Magyaren gegen die Karpathen-Ukrainer hat. Wenn bei der Einsetzung des reichsverweserlichen Kommissars ausdrücklich gesagt wurde, dass sich das karpathen-ukrainische Volk im Verkehr mit den Behörden der karpathen-ukrainischen Sprache bedienen dürfe, so zeigt sich jetzt, dass auch diese Bestimmung nur auf dem Papier steht. In Wirklichkeit wurden überall magyarische Stuhlrichter und Notare eingesetzt, die fast durchweg kein einziges Wort ukrainisch sprechen. Um nun mit der Bevölkerung verkehren zu können, sind Dolmetscher nötig. Hierzu aber werden meistens Juden herangezogen, die dadurch wieder einen starken Einfluss gewinnen. Auch ist der ganze Kleinhandel weiterhin ausschliesslich in jüdischen Händen, Besondere Erbitterung herrscht in den Kreisen der karpathen-ukrainischen Intelligenz darüber, dass jüdische Händler wieder ungehindert denaturierten Spiritus verkaufen dürfen, den die Arbeiter in

grossen Mengen trinken. Unter der tschechischen Herrschaft war der Verkauf von denaturierten Spiritus verboten und nur in Apotheken in beschränktem Ausmasse gestattet. Wie wenig in Wirklichkeit von einer Zurückdrängung des jüdischen Einflusses die Rede sein kann, zeigt die Tatsache, dass sich bei den Bewerbungen um Konzessionen der grossen halbstaatlichen Lastauto-Speditionsgesellschaft MATEOSZ, für die Karpathen-Ukraine in Ungarn zehn Juden und fünfzehn Christen meldeten. Erteilt aber wurden Konzessionen an acht Juden und nur an zwei Christen. Diese Tatsache hat begreiflicherweise unter der Bevölkerung grosse Empörung hervorgerufen. Weiter herrscht grosse Unzufriedenheit wegen der Unzulänglichkeiten auf kulturpolitischem Gebiete. Von den zahlreichen Gymnasien und Bürgerschulen, die in der Tschechischen Zeit für die karpathen-ukrainische Bevölkerung eingerichtet worden waren — es gab vier Gymnasien mit Internaten und angeschlossenen Bürgerschulen, und ausserdem noch fünf Bürgerschulen mit Internaten — sind jetzt die allermeisten geschlossen worden oder in ungarische Anstalten umgewandelt worden. Nur in einigen Schulen wurden Parallelklassen mit karpathen-ukrainischer Unterrichtssprache belassen. Die früheren Lehrer all dieser karpathen-ukrainischen Schulen wurden aus dem Dienst entlassen und stehen ebenso wie die halbausgebildeten Schüler nunmehr völlig ratlos da und haben keine Möglichkeit, sich irgendwo wieder einzuschalten. Statt nun diesen Leuten zu helfen oder sie irgendwie umzuschulen, verfolgen die ungarischen Behörden gerade diese karpathen-ukrainischen Intelligenzler mit besonderer Schärfe und stellen die meisten von ihnen unter Polizeiaufsicht, so dass sie sich überhaupt kaum rühren können. In einem Falle wurde ein 27 jähriger Lehrer in der Ortschaft Raho mit vier Kindern auf die Strasse gesetzt nur deshalb, weil er seinerzeit die Jugenderziehung bei der Sitsch-Garde geleitet hatte.

Seit einiger Zeit wird mit grossem Eifer an der Herstellung einer modernen Strasse von Taracköz nach Kisbotcsko in Richtung der rumänischen Grenze gearbeitet. Die Strasse wird etwa 50 Kilometer lang und hat einen vorwiegend strategischen Zweck für den Fall eines Aufmarsches gegen Rumänien. Zum Bau dieser Strassen wurden 1500 Pioniere und auch einige Zivilarbeiter, die statt 1,60 Pengö sogar 2 Pengö Lohn für den ganzen Tag erhalten. Die Strasse soll bis zum 9. September fertiggestellt sein.

Zur ungarischen Innenpolitik. In der ungarischen Innenpolitik ist insofern eine gewisse Beruhigung eingetreten, als in immer weiteren Kreisen die Überzeugung Platz greift, dass wenigstens im Augenblick eine enge Zusammenarbeit mit den Achsenmächten und vor allem mit Deutschland einfach nicht zu vermeiden ist. Trotzdem gibt es natürlich noch immer die alten und einflussreichen Kreise, die nichts unversucht lassen, um die Zusammenarbeit mit Deutschland zu stören und statt dessen mit den Westmächten zu arbeiten. Hier muss vor allem der bekannte deutschfeindliche Politiker, der Führer der Kleinlandwirtepartei, Tibor von Eckhardt, genannt werden, der kürzlich dem "Evening Standard" ein Interview gegeben hatte. Unmittelbar nach Erscheinen dieser Unterredung führte Aussenminister Graf Csaky ein Telefongespräch mit dem ungarischen Gesandten in London und machte ihm schwere Vorwürfe darüber, dass er Eckhardt von diesem Interview nicht zurückgehalten hatte. Der ungarische Gesandte in London entgegnete auf diesen Vorwurf, dass es ihm unmöglich gewesen sei, Eckhardt zurückzuhalten, denn im Augenblick sei Eckhardt überhaupt der einzige ungarische Diplomat, der in London verhandlungsfähig sei. Wenn auch diesem der Weg versperrt werde, und wenn Herrn Eckhardt von Budapest aus Schwierigkeiten gemacht würden, so könne er, der

offizielle ungarische Gesandte in London überhaupt nichts mehr erreichen, und er sei dann gezwungen, seinen Posten zur Verfügung zu stellen. Er wolle aber schon jetzt den Aussenminister darauf aufmerksam machen, dass er in der ungarischen Diplomatie kaum jemanden werde finden können, den die englische Regierung unter den heutigen Umständen als Gesandten annehmen würde. Dieser Zwischenfall erscheint ausserordentlich symptomatisch für die Einstellung der alten Diplomaten Ungarns. Übrigens ist zum Fall Eckhardt noch zu bemerken, dass die jetzige Frau Eckhardts, eine Baronin Podmanitzky, früher die Gattin eines englischen Kapitans, namens Wood, war. Frau Eckhardt, die, wie in Budapest stadtbekannt ist, einen sehr fortgesetzten Lebenswandel führt, ist ausgesprochen deutschfeindlich und verkehrt auch heute noch in Budapest fast ausschliesslich in jüdischer Gesellschaft. Die Erklärung Eckhardts im "Evening Standard" wurde vom Aussenminister Csaky hauptsächlich wegen des einen Satzes beanstandet, dass Ungarn, solange der Reichsverweser Horthy lebe, kein militärisches Bündnis mit Deutschland eingehen werde. Es ist nun ausserordentlich bezeichnend für die Einstellung Horthys, dass der Reichsverweser Tibor von Eckhardt sofort nach dessen Rückkehr aus London in Privataudienz empfing. Über die Tätigkeit des Reichsverwesers ist noch folgendes zu bemerken:

Am 10. August reiste Horthy mit seiner Frau, für die ungarische Öffentlichkeit völlig überraschend, in das neuangegliederte oberungarische und karpathen-ukrainische Gebiet, um sich von der Stimmung in diesen Landesteilen zu überzeugen. Am 14. August berichteten nun die Budapester Montagblätter, Horthy sei im Laufe des Sonntags, des 13. August, nach Gödöllő zurückgekehrt. In Wirklichkeit aber ist Horthy schon am Sonnabend, also am 12. August nachmittags zurückgekehrt, und hatte noch am selben Tage in Gödöllő eine Unterredung mit den englischen Gesandten in Budapest, und zwar in Anwesenheit des Aussenministers Graf Csaky. Am Sonnabend abend erhielten die ungarischen Zeitungen, unter Androhung schärfster Strafen, ein Verbot, erstens irgendetwas über die vorzeitige Rückkehr Horthys zu schreiben und zweitens etwas darüber zu veröffentlichen, wo sich der Reichsverweser am Montag, den 14. August, aufhalten werde. Dieses Verbot vonseiten der Pressestelle des Ministerpräsidiums gab Anlass zu den tollsten Gerüchten. So wurde behauptet, Horthy trage sich mit Rücktrittsgedanken. Andere Gerüchte wollten wissen, dass Horthy an die polnische Grenze gefahren sei, um sich mit dem polnischen Staatspräsidenten Mocicky zu treffen. Und wieder andere Gerüchte behaupteten, Horthy sei nach Berchtesgaden gefahren. Bis zur Stunde ist es uns noch nicht möglich gewesen, diese ganze mysteriöse Angelegenheit über die Reise Horthys und über seinen Aufenthalt am 14. August sowie über seine Unterredung mit dem englischen Gesandten zu ergründen. Als sicher darf gelten dass Horthy durchaus Anhänger eines sehr freundschaftlichen Verhältnisses zu Polen ist. Es ist ferner Tatsache, dass in der letzten Zeit wieder die Propaganda für die ungarisch-polnische Freundschaft in ganz Ungarn stärker geworden ist. In Budapest kann man in vielen Geschäften Plakate sehen mit der Aufschrift „Es lebe Polen“. Seit Wochen werden sogenannte Verbrüderungs-Sonderzüge nach Oberungarn bis an die polnische Grenze gefahren. Die Fahrt bis zur Grenze und zurück kostet nur 4 bis 6 Pengö. An der Grenze werden dann grosse Verbrüderungsfeste mit der polnischen Bevölkerung gefeiert. In der letzten Zeit verstärkte sich diese polenfreundliche Stimmung noch im Zusammenhang mit dem 25jährigen Jubiläum der Gründung der ersten polnischen Legion im Weltkriege, der bekanntlich auch viele Magyaren angehörten. Zu diesen Jubiläumsfeierlichkeiten in Krakau wurde auch eine ungarische Abordnung entsandt. In diesem Zusammenhang

verdient auch noch die kürzlich im ungarischen Parlament so lebhaft erörterte Frage der "Lumpengarde" erwähnt zu werden. Im Verlaufe einer Interpellation im Abgeordnetenhaus hatte der Abgeordnete Hubay (Pfeilkreuzpartei) gesagt, dass sich Mitglieder der "Lumpengarde" gegenwärtig in Polen aufhalten, wo sie sich an der Bildung von Freikorps beteiligten. Diese Äusserung Hubays hatte einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Schliesslich wurde doch von Regierungsseite zu dieser Behauptung Stellung genommen, wobei erklärt wurde, dass insgesamt tatsächlich nur sieben "Lumpengardisten" nach Polen gegangen seien und dass in Zukunft die Regierung Vorkehrungen treffen werde, um ein Entweichen von "Lumpengardisten" nach Polen zu unterbinden. Die Wirklichkeit ist nun aber die, dass keineswegs nur sieben „Lumpengardisten“ nach Polen gegangen sind, sondern mehr als 400 und dass diese 400 Mann in Polen bereits eine Legion aufgestellt haben. Ebenso ist nicht zu bestreiten, dass die "Lumpengarde" nach wie vor in engster Verbindung mit der ungarischen Regierung steht. So wurde einer der Hauptführer der „Lumpengarde“, ein gewisser Dr. Iwan Hejjas, zum Kommandanten des Budapester Flughafens mit dem Range eines Ministerialrates ernannt, und zwar ausdrücklich als Belohnung für die Tätigkeit der „Lumpengarde“ in der Karpathen-Ukraine. Selbstverständlich wird auch die »Lumpengarde« weiter von der Regierung finanziert. Wenn also 400 "Lumpengardisten" nach Polen gehen, so ist kaum anzunehmen, dass dies wirklich ganz ohne Wissen der ungarischen Regierung geschehen konnte. Es muss daher als sicher angenommen werden, dass auch hier wieder, wie in so vielen anderen Fällen, die ungarische Regierung ein Doppelspiel spielt.